

Rundschau

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **33 (1939)**

Heft 3

PDF erstellt am: **13.09.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Dennoch: sie ist wesentlich ein unschuldiges Opfer. Und schon darum darf weder sie selbst sich verloren geben, noch wir sie. Es wird besonders die Aufgabe der tschechischen *Emigration* sein, das Erbe zu wahren, bis der Tag der wirklichen Befreiung kommt. Aber wir alle müssen mithelfen. Der Tag der Befreiung wird mit dem Tage kommen, wo diese furchtbare Macht des Bösen, die nun wieder triumphiert, ihr furchtbares *Gericht* erleben wird.

Glauben wir an dieses Gericht. Es ist das Sicherste des Sichern. Trotz allem! Und vertrauen wir darauf, daß nach den Gesetzen der sittlichen Weltordnung dieser neue Frevel Hitler und sein Reich nicht dem Siege, sondern dem Untergang näher bringt. Trotz allem!

L. R.

Rundschau

Zur Chronik.

15. März 1939.

I. Tschechoslowakei. Doktor Benesch hält in Chicago einen Vortrag, worin er sich — trotz allem — zur Demokratie bekennt, freilich einer aktiven.

Der Generalstabschef *Kreji*, der im Frühling und Sommer 1938 die tschechoslowakische *Energie* verkörperte, ist zurückgetreten.

Ein Bildwerk: „Hitler befreit das Sudetenland“ wird verboten und das Verbot durch das Gericht in Budweis bestätigt.

Der Hitleragent *Kundt* gründet eine „nationalsozialistische Arbeiterpartei“.

II. Die Judenfrage. Es erweist sich, daß die Einladung von 100 000 Juden nach *San Domingo*, wie zu erwarten war, ein *arger Schwindel* ist. Max Barth weist in der „Weltbühne“ nach, daß der dortige Diktator, ein besonders wüftes Exemplar eines solchen, mit diesem Angebot nur Ausbeutung und Schlimmeres, nämlich Material für Pogrome, im Sinne haben könne.

Die *Vereinigten Staaten* scheinen gegen die englischen Pläne einer Preisgabe der jüdischen Rechte auf das Heilige Land Einsprache zu erheben.

Der *englische Plan* eines „unabhängigen Staates“, der wesentlich arabisch wäre, soll nach den neuesten Berichten in dem Sinne modifiziert werden, daß er die „Heimstätte“ für die Juden nicht unmöglich machte. Auch weist er stark in die *Zukunft*, in der sich manches ändern kann.

Schwere *Terrorakte* in *Haifa* werden mit der Londoner Konferenz in Zusammenhang gebracht. Sie sind wohl kaum von jüdischer Seite (den „Revisionisten“) ausgegangen. Die arabische Masse zog, nach den günstigen Berichten aus London, jubelnd vor das Haus des *deutschen Konsuls*, um dem „Protector“ zu danken.

Auf eine Umfrage des „Institutes zur Erforschung der öffentlichen Meinung“, wie sich die Bevölkerung zu der ungehinderten Einwanderung der Juden ins Heilige Land stelle, antworten 60 % der Gefragten bejahend, 16 % verneinend, während 26% sich eines Urteils enthalten.

Italien treibt rücksichtslos alle jene Juden aus, die unter sein antisemitisches Gesetz fallen. Es sind deren 15 000. Davon drängen nun 5000 gegen die französische Grenze, werden aber größtenteils zurückgewiesen.

III. Deutschland. 1. Die katastrophale *Wirtschaftslage* hat nun doch zu einer Erhöhung der Steuern um etwa 5 % geführt.

Vielleicht steht damit im Zusammenhang der Feldzug gegen *Alkohol* und *Tabak*, der auf der Tagung des Reichs-Gesundheitsamtes in Frankfurt prokla-

miert wurde und den neben einem Professor Sauerbruch auch der bekehrte Säuer Doktor Ley unterstützte. Aber wenn etwas daraus werden sollte, zerstörte damit der Nationalsozialismus nicht eine seiner Stützmauern? Könnten dann die Leute nicht sogar zu *denken* anfangen?

Ein ganz böser Schlag für das Regime ist die Aufdeckung der Tatsache, daß seine größeren und kleineren Träger sich am *Judenpogrom* im größten Maßstab *bereichert* haben, so daß auch deswegen die erwartete Kontribution einer Milliarde nicht zustande kam. Besonders aus dem Kreise Streichers seien eine größere Anzahl von Verhaftungen gefchehen.

2. *Hitler* wendet sich in einer Hofbräurede in München heftig gegen den „ideologischen“ Krieg — der andern! Die Rede von *Göbbels* an der Leipziger Messe gesteht eigentlich offen die deutsche Wirtschaftsnot.

Doktor Ley wird in London von der Arbeiterschaft scharf abgelehnt. Er darf aber in einem Kreise von Industriellen in Gegenwart des sehr interessierten Chamberlain über „Kraft durch Freude“ sprechen. Die geplante handelspolitische Sendung von Doktor Schnurre nach *Moskau* muß verschoben werden.

Der Physikprofessor *Bridgeman* in Cambridge verbietet deutschen Studenten den Zutritt zu seinem Laboratorium, weil sie als Angehörige eines Diktaturstaates nicht jene Geistesfreiheit besäßen, die für die wissenschaftliche Forschung notwendig sei.

Der Bürgermeister *Hikney* der Stadt Cork in *Irland* weigert sich, den Kapitän des deutschen Schulschiffes „Schlesien“, das angeblich in einer Friedensmission kommt, zu empfangen.

Seinen Hauptmann *Wiedemann* hat Hitler als Konful nach San Francisco geschickt, wohl zu Zwecken der Agitation.

3. Die „*Reformierte Kirchenzeitung*“, ein Organ der Bekenntniskirche, wird verboten.

Die *katholisch-theologische Fakultät in München* wird aufgehoben, weil der Diözesenbischof gegen die Anstellung eines gleichgeschalteten Professors Einsprache erhob.

Wieder sind vier jüngere Männer wegen „Landesverrat“, d. h. Arbeit gegen das Regime, dem Beil des *Scharfrichters* verfallen.

IV. *Oesterreich*. Im Januar (wenn ich nicht irre) soll in Oesterreich eine *Revolte* größeren Stils stattgefunden haben, die von unzufriedenen Nazis ausging. Eine Reihe von obersten Gauleitern seien infolge davon ins Konzentrationslager gekommen. So der von Wien, Globocnik, Major Klausner habe Selbstmord verübt.

Der Aufstand hätte besonders im Vorarlberg ausbrechen sollen. (Ob damit oder mit dem vom „*Journal des Débats*“ Berichteten das stärkere Aufgebot der „Grenzwahe“ von seiten der Schweiz zusammenhing?)

Schuschnigg sei auf freien Fuß gesetzt und es soll ihm kein Prozeß gemacht werden.

V. *Italien*. Eine neue *Schulordnung* hat die Vollfaschisierung der Jugend zum Ziel.

VI. *Belgien*. Es ist weder dem Katholiken Pierlot noch dem Sozialisten Soudan gelungen, das über dem Fall Martens gestürzte Kabinett Spaak zu ersetzen. Daraufhin ist die *Newwahl des Parlamentes* beschlossen worden. Während speziell das flämische Problem *Hitler* eine Gelegenheit gibt, so begünstigt die ganze Verwirrung den *Faschismus*. Der König neige ohnehin zur Diktatur.

VII. *Holland* befestigt seine Ostgrenze und vermehrt sein stehendes Heer.

VIII. *Frankreich*. *Bonnet* ergeht sich, nach dem Muster *Mottas*, in heftigen Ausdrücken gegen *Frau Tabouis*, die im „*Oeuvre*“ wahrheitsgemäß die Geschichte mit de Brinon und Baudouin aufgedeckt hatte; die Pressevereinigung aber, ungleich tapferer und ritterlicher als die schweizerische, steht für sie ein.

Flandin, dem sogar die Hilfe des Roten Kreuzes für die spanischen Flüchtlinge zu viel ist, setzt seine hitlerfreundliche Agitation fort.

IX. England. Eine „Nationale Bewegung der britischen Jugend“, die eine ziemliche Anhängerschaft zu haben scheint, verlangt eine klare demokratische Außenpolitik Englands und stellt eine „Charta sozialer Gerechtigkeit für die Jugend“ auf. Sie fendet eine Botschaft an die deutsche Jugend. Nach einem Zug nach London verkündigt sie ihre Botschaft in der Empress-Hall.

In der Diskussion über die Rüstungen erklärt *Attlee*, der Führer der Arbeiterpartei, daß diese bereit sei, für *Frankreich* einzustehen, aber nur für ein demokratisches, nicht für ein mit den Diktaturen teufelmechelndes.

Edens, freilich etwas verlegenes, Eintreten für die Anerkennung *Francos* zeigt von neuem, daß er kein Held ist.

Halifax warnt *Franco* vor „piracy“ (Seeräuberei), d. h. vor der Belästigung von englischen Handelsschiffen. Es werden *Franco* die Rechte einer kriegführenden Partei und damit das Blockaderecht nicht eingeräumt, trotz der „Anerkennung“.

X. Politisches außerhalb Europa. 1. *China und Japan*. In *China*, besonders in *Schanghai*, mehren sich wieder die „Fememorde“ gegen mit *Japan* gehenden Politikern. Die *Japaner* möchten den Anlaß benützen, um der fremden Konzessionen Herr zu werden. So auch in *Tientsin*.

Gegen die Besetzung *Hainans* reklamieren *England*, *Frankreich* und die *Vereinigten Staaten*. Es wird ihnen mit der Ausrede geantwortet, daß man nach der Beendigung der militärischen Operationen die Insel wieder räumen werde.

Der Konflikt mit *Rußland* wegen der *Fischerei* geht weiter.

Die japanischen Flugzeuge führen wieder furchtbare Mordereien an offenen Städten aus.

2. *Indien*. Der in *Allahabad* tagende allindische Kongreß tadelt heftig *Englands* Preisgabe des *Völkerbundes* und verlangt den Austritt aus demselben als Zeichen des Protestes.

Ueber die neueste Aktion *Gandhis* ist anderwärts berichtet.

3. In *Südwest-Afrika* bildet sich eine deutsche Partei gegen die *Nazi*.

4. In *Chile* besteht eine Volksfront-Regierung mit dem Präsidenten *Aguirre Corda*.

5. *Iran* (*Persien*) hat die diplomatischen Beziehungen mit *Frankreich* wieder aufgenommen.

XI. Die Friedensbewegung. Die holländische Regierung verfügt die Ausschließung aller Antimilitaristen aus den öffentlichen Aemtern.

In *Genf* tagt die Internationale Kommission der Völkerbunds-Vereinigungen. Sie faßt Beschlüsse über die Kolonial- und Rohstofffrage wie über die jüdische Emigration.

Die Regierung der Vereinigten Staaten beschließt eine noch stärkere Beteiligung an den „technischen“ Arbeiten des Völkerbundes.

Die schweizerische Europa-Union hält eine Tagung in *Burgdorf*, die Völkerbundsvereinigung in *Bern*. Diese wählt an Stelle des zurücktretenden Professor *Borel Dr. Spühler* zum Generalsekretär.

Mit dem hochbetagt in *Luzern* verstorbenen *Leopold Katscher* verliert die Friedensbewegung, wie allerlei andere humane Bestrebungen, einen eifrigen und treuen Mitarbeiter.

XII. Die Arbeiterbewegung. 1. Gewerkschaftliches. *Roosevelt* vermittelt zwischen *Lewis* und *Green*, d. h. zwischen der radikalen und der konservativen Gewerkschaftsbewegung.

Australische und *kanadische Docker* treten unter allgemeiner Zustimmung gegen die Lieferung von Kriegsmaterial an *Japan* in den Streik.

2. Sozialismus. In *Rußland* wird die Schaffung der sogenannten Arbeitsdisziplin fortgesetzt. Der Arbeiter soll stärker an seinen Arbeitsplatz gebunden werden. Diefem Zwecke soll ein „Arbeitsbuch“ dienen. Auch die Unterstützungen werden darnach geregelt. Alles ähnlich wie in *Deutschland*.

Die Kommunistische Partei hält nach langer Pause wieder einen Kongreß.

Er soll vor allem eine gewisse „Demokratisierung“ herbeiführen, eine Ausgleichung zwischen der Partei und der übrigen Sowjetbürgerchaft. Ueber die außenpolitischen Aeußerungen Stalins ist anderwärts berichtet.

Für die *spanischen Flüchtlinge* hat die Sowjetregierung der Gefandtschaft in Paris 5 Millionen Franken überwiesen.

Die *Krupskaja*, Lenins Gattin, ist unmittelbar nach ihrem siebzigsten Geburtstag gestorben. Sie war das Muster einer selbstlos auf die Sache allein gerichteten russischen Frau.

2. *Münzenberg* ist aus der kommunistischen Partei ausgetreten.

3. *England*. Die Bewegung von *Stafford Cripps* auf die Schaffung einer Volksfront gegen Chamberlain gibt stetsfort Anlaß zu Diskussion. Es steht ein nicht kleiner Teil der Arbeiterchaft zu ihm und gegen eine zu weitgehende sogenannte Parteidisziplin.

4. Schlimm steht es mit der *französischen* sozialistischen Partei. Es wächst dort die Richtung der von Paul Faure geführten „Munichois“, die zu Bonnets und Chamberlains Außenpolitik stehen und sich an Illusionen erfättigen. Ihre letzte ist die „Friedenskonferenz“ als Allheilmittel. Ob die neueste Tat des „Geistes von München“ wohl imstande sein wird, einigen die Augen zu öffnen?

Das alles hindert Léon Blum nicht, den Zustand der Partei als glänzend zu erklären.

XIII. *Religion und Kirche*. 1. An der *Zürcherischen Geistlichkeitsynode* ist in der Diskussion über die Motion Hürlimann-Trautvetter (über welche im letzten Hefte berichtet worden ist) eine Behauptung getan worden, welche wieder von der gewissenlosen Art zeugt, womit über die Religiös-Sozialen geredet wird: sie hätten nämlich der *Diktatur des Proletariates* zugestimmt. Das genaue Gegenteil ist die Wahrheit: sie haben nicht nur stets diese Losung abgelehnt, sondern auch auf entscheidende Weise die Wendung der schweizerischen Sozialdemokratie zum Bolschewismus abgewehrt. Aber was kümmert diese Sorte die *Wahrheit*? Sie hat ja das „Wort Gottes“!

In *Romanshorn* ist als Nachfolger des nach Winterthur ziehenden Pfarrer Martig Pfarrer *Pfenninger*, bisher in Brig, gewählt worden. Die Gegnerschaft hat wider ihn nicht nur angeführt, daß er Antimilitarist und religiös-sozial sei, sondern auch, daß er — eine zu gebildete Frau habe! Da müssen sich künftig die Pfarrer bei der Wahl ihrer Gefährtinnen in acht nehmen.

Mit *Marcel Bourquin*, Pfarrer von Petit-Saconnex (Genf), der im besten Mannesalter dahingegangen ist, verliert unsere Sache einen ihrer tapfersten, geistvollsten und treuesten Vertreter.

2. *Katholizismus*. Von Pius XII. heißt es in der bekannten, auf die Päpste bezüglichen sogenannten Weisagung des Malachias, er werde ein pastor angelicus, ein „engelgleicher Hirte“ sein. Hoffen wir, sie behalte recht.

Zur schweizerischen Lage.

13. März.

Zwei Tatsachen beherrschen in dem Augenblicke, wo ich mich hinsetze, um einen Ueberblick des schweizerischen Geschehens aus den letzten Wochen zu geben, die Lage.

Da ist immer noch *Mottas neuester Akt der Preisgabe und Entehrung der Schweiz*. Man kann seine Tragweite nicht hoch genug einschätzen. Zweierlei ist in den Vordergrund zu rücken. Einmal: die Schweiz lebt von dem, was uns immer noch, aus edleren Zeiten mit besseren Schweizern her, von einem Glanz der *Idee*, von Liebe und von Achtung der Völker umgibt. Noch ist es so, daß eine Vergewaltigung der Schweiz wohl eine ungeheure Welterregung hervorrufen würde. Das ist unser bester, ja einziger Schutz. Auch Anhänger der sogenannten militärischen Landesverteidigung, wenn sie nicht, mit oder ohne Absicht, blind sind, müssen sich das sagen. Diesen unseren einzigen wirklichen Schutz, den einzigen menschlichen und die Vorbedingung des göttlichen, zerstört Motta Stück für Stück. Er zerflägt Schlag für Schlag die einzige Festung, die uns wirklich

schirmt. Er vernichtet besonders die Vorbedingung des göttlichen Schutzes. Denn er huldigt dem gottlosen Prinzip der *Gewalt*; er läuft allen großen *Verbrechern am Völkerrecht* als Erster mit Anerkennung und Huldigung nach, zerstört damit die Fundamente, auf denen die Schweiz ruht und hebt deren Lebensrecht vor Gott und den Menschen auf. Das ist die Tatsache, die wir nicht deutlich genug herausstellen können.¹⁾

Motta tut das. Ja, er ist dafür das Organ. Aber er täte es nicht, wenn er sich nicht auf eine bestimmte Art von Schweiz stützen dürfte, auf jene Art von Schweiz, die aus der „Neuen Zürcher Zeitung“ spricht, wenn dieses Hauptorgan des Militärpatriotismus in seiner Rechtfertigung Mottas für seinen neuesten Verrat an Sinn und Recht der Schweiz erklärt, es hätten „reale, d. h. wirtschaftliche Gründe“ dafür gesprochen. Das ist für *diese* Schweiz allein real: wirkliche oder auch nur vermeintliche *wirtschaftliche* Vorteile. Diese Schweiz ist leider Gottes nicht auf den Kreis derer beschränkt, welche eine „Neue Zürcher Zeitung“ und ähnliche Organe tragen. Es ist die Schweiz, welcher Dividenden wichtiger sind als Gott und Vaterland. Das schließt einen wilden Militärpatriotismus nicht aus, erzeugt ihn im Gegenteil: er ist als, meistens unbewußte, *Maske* nötig und das schließt auch erbauliche, religiöse Betrachtungen über dem Strich an den Festtagen und theologische unter dem Strich nicht aus. Dazu gesellt sich dann eine andere, unter Katholiken und Protestanten sehr zahlreich vertretene Schweiz, die mit ihrer reaktionären, aus der Angst für *Gott*, d. h. für den *Gott* des Besitzes entstandenen Leidenschaft den Mann trägt, der auch *diesen* Geist verkörpert.

So wird durch Motta, als dem Vertreter und Organ *dieser* Schweiz das göttliche und menschliche Lebensrecht der Schweiz zerstört.

Aber das ist nur die eine Hälfte des Tatbestandes. Die andere ist, *daß dieser Mann über die Schweiz verfügt, als wäre sie sein Privateigentum*. Auch das muß immer wieder ins Licht gestellt werden: Wir Schweizer, die Musterdemokraten, wir, die wir noch in der ersten Lebenshälfte des Schreibenden und sogar noch später tatsächlich wohl die fortgeschrittenste Demokratie der Welt hatten und darauf stolz waren, wir haben heute in der *wichtigsten* Angelegenheit unseres Landes und Volkes weniger zu sagen, als die Bevölkerungen der Diktatorländer. Denn die wichtigste Angelegenheit ist heute auch für uns die *Außenpolitik*. Davon hängt nun in erster Linie unser Leben oder Sterben ab. Diese aber besorgt dieser stetige Helfer von Mächten, welche die Aufhebung und Entehrung der Schweiz bedeuten, und wir müssen es uns gefallen lassen.

Darf dieser Zustand länger dauern?

Motta und der Bundesrat, der in seiner Hand ist, weil er seines Geistes ist, können sich das, im Widerspruch zu Sinn und Ueberlieferung der Schweiz, erlauben, weil unsere Verfassung, als sie entstand, nicht mit einer solchen Wichtigkeit der Außenpolitik, nicht mit solchen Zuständen und nicht mit der Möglichkeit solcher Bundesräte rechnete und darum die Außenpolitik nicht mit genügenden Schutzmaßregeln vor Mißbrauch umgab. Es ist zwar ganz klar und von maßgebenden Juristen längst nachgewiesen, daß auch die vorhandene Verfassung nicht von ferne daran denkt, dem Bundesrat in der Außenpolitik solche diktatorische Vollmacht zu übertragen, sondern bloß den *Kantonen* das Recht einer selbständigen Außenpolitik wegzunehmen; aber der Bundesrat, welcher in allererster Linie der

¹⁾ Noch ein arger Zusatz zu der ganzen Aktion Mottas in dieser Sache war die gegen alles Recht und allen anständigen Brauch verstoßende, ja schändliche Art, womit die rechtmäßige Gesandtschaft sofort nach der Beschlußfassung aus ihrem Sitz hinausgeworfen wurde. Wie ungleich edler hat sich in dieser Beziehung sogar Belgien verhalten, das die von den Franquisten widerrechtlich besetzte Casa d'España mit Gewalt räumen ließ. Wir werden auch für solche Dinge die Rechnung bekommen. — Natürlich wird nach Burgos als Gefandter ein reaktionärer Freiburger, wohl eine Motta-Kreatur, geschickt.

Hüter des Rechtes, also auch der Verfassung sein sollte, benützt heute diese scheinbare Lücke zu unerhörter Mißachtung der Demokratie und des Volksrechtes, zu unserer politischen Enteignung und Verklavung im heutigen Zentrum des politischen Lebens. Darum erlaubt sich Motta, auf das Begehren der Sozialdemokratie, daß wenigstens die außenpolitische Kommission zur Verhandlung dieser Anerkennungsfrage einberufen werde, hochmütig zu antworten, das sei ausschließlich in des Bundesrates, d. h. in *seiner* Kompetenz.

Ich frage noch einmal: Wie lange darf das noch gehen?

Diese Diktatur entwickelt sich in ihren Konsequenzen. Sie erlaubt uns Schweizern nicht mehr, *Versammlungen* abzuhalten, die gegen die Politik des Bundesrates gehen. Sie erklärt bestimmte wichtige Gebiete der Politik als Sperrgebiete, mit andern Worten: als ihre Domäne, so die spanische Frage, so, durch Verbot des *Boykottes* japanischer Waren, die chinesische. Wir dürfen dafür nicht *Inserate* in halbamtlichen Blättern aufgeben und dürfen nicht entsprechende *Flugblätter* verbreiten. Immer aber steht diese Politik im Dienste der *Reaktion*. Gegen Rußland oder gegen die spanische Republik darf gesagt und getan werden, was man will, darf haushoch, bergeshoch gelogen werden; dagegen rührt sich keine Hand. Während das halbamtliche „Tagblatt der Stadt Zürich“ unser Inserat nicht bringen durfte, konnte es kurz nachher eines der „*Nationalen Front*“, dessen Sinn und Zweck die *Judenhetze* war, ungestört bringen. Und dies, nachdem vor kurzem jenes sogenannte Staatschutzgesetz erschienen ist, das man mit einem Paragraphen gegen den *Antisemitismus* ausstaffiert hat. Motta redet aber auch den *Kantonen* drein, wenn auf ihrem Gebiete *Versammlungen* stattfinden, in denen über die Diktatoren die Wahrheit gesagt wird, welche allein die Schweiz retten kann. So neuerdings in Schaffhausen, wo er sich allerdings eine Abfuhr geholt hat. Sogar die *Fasnacht* wird unter Zensur gestellt.

Der neueste und krasseste Akt dieser Diktatur aber ist *der Fall Abegg*. Die Leser werden ihn kennen. Oskar Abegg, im bürgerlichen Leben Eisenbahnbeamter, aus ur-schweizerischer Familie, Katholik und Mitglied der Gruppe „Entscheidung“, hat sich erlaubt, in jener von der Polizei sabotierten Demonstrationsversammlung in Zürich gegen Mottas neuesten Streich über diesen als Politiker, Schweizer und Katholiken allerlei zu sagen, das zwar stark und leidenschaftlich ist, aber durchaus nicht über die Linie der *Wahrheit* hinausgeht. Flugs ist der Mann im Amte suspendiert. Und auch ein Ehrbeleidigungsprozeß wird ihm angehängt. Zugleich wird den Kantonsregierungen anbefohlen, darüber zu wachen, daß die Heiligkeit, Majestät und Unfehlbarkeit des Bundesrates nicht angetastet werde.

Zum Fall Abegg aber ist zu bemerken:

Wenn der Bundesrat einem Schweizer den Prozeß machen will, weil er in bezug auf ihn aus seinem Herzen keine Mördergrube gemacht hat, so mag er das tun. Er brauchte dazu, wenn er konsequent sein wollte, zwar eine Armee von Advokaten, und die Gerichte müßten Tag und Nacht in Schichten arbeiten. Aber er wird sich wohl nur solche Opfer aussuchen, die leicht zu schlagen sind. Er wird sich damit bloß lächerlich machen und zeigt nur sein schlechtes Gewissen. Immerhin wollen wir feststellen, daß wir Republikaner auch schon etwas wie eine *Majestätsbeleidigung* haben. Und da sind wir nun übel dran: In Preußen hatten sie doch nur *eine* Majestät, wir aber haben sieben, und zwar lauter solche, die sich mehr oder weniger für Majestätsbeleidigungen eignen, und sind also in einer siebenfachen Verführung.

Aber dieses vom Bundesrat inszenierte Fasnachtspiel bleibt doch innerhalb der Verfassung. Anders verhält es sich mit der *Suspension* Abeggs in seinem Amte. *Das ist klarer Verfassungsbruch*. Denn das tastet *das schweizerische Grundrecht auf freie politische Meinungsäußerung* an. Das Urteil Abeggs über Motta hat mit seiner Amtsführung (die anerkannt tadellos ist) nichts zu tun. Man stelle sich vor, was es bedeutete, wenn von dem Heer der Beamten keiner mehr ein Wort der Kritik sagen dürfte, das einem unserer immer empfindlicher, weil immer kleiner werdenden Magistraten und Magisträtlein mißfiel! Das trüfe

nicht nur einen großen und wesentlichen Teil des Volkes, sondern griffe sofort auch weiter. Einem solchen Zustand gegenüber wäre die alte Lex Häberlin eine magna charta der Freiheit.

Was fehlt uns eigentlich noch zur Diktatur? Wohl nur die *Konzentrationslager!* Doch können wir die, wenn es so weitergeht, auch noch bekommen, auch ohne daß Hitler selbst einzieht.

Hitler! Wir kommen damit zu etwas anderem, Verwandtem.

Zu Hitlers Plan gehört u. a. Zweierlei: *die Knebelung der Presse* und *die Unschädlichmachung der Emigration*. Beides zur Unterdrückung der *Wahrheit* über ihn und sein Regime — wobei zu bedenken ist, daß die Emigranten darüber besonders gut orientiert sind.¹⁾

Es wird nun behauptet, diese Forderung: Knebelung der Presse (im Sinne der „totalen Neutralität“) und möglichst Unterdrückung der Emigration, sei auch an die Schweiz gestellt worden. Der Bundesrat leugnet, daß er eine solche Verpflichtung eingegangen sei. *Aber nun handelt er tatsächlich in ihrem Sinne.* Immer reichlicher wird die Presse mit Verordnungen bedacht. Es wird ihr sogar ein Verzeichnis von Ausdrücken zugestellt, die zu vermeiden seien, das heißt: sie wird als Kinderchar behandelt. Gegen die „Schweizer Zeitung am Sonntag“ der Herren Behrens und Lieb wird mit der Verbotsdrohung vorgegangen (auf die sie meines Erachtens nicht allzu männlich reagiert), es wird ihr aber der in Genf erscheinende, völlig bedeutungslose „Réveil“ des Anarchisten Bertoni hinzugefügt und später das noch bedeutungslosere tessinische Kommunistenblättchen, nach der gleichen Methode, wie man in jenem bekannten Index-Erlaß „antimilitaristische“ Literatur zwischen „antireligiöse“, „anarchistische“ und „kommunistische“ gestellt hat.

Aber auch die andere Hälfte der Hitlerischen Forderung: die möglichst vollständige Unterdrückung der *Emigranten*, scheint erfüllt zu werden. Immer neue Verschärfungen ihrer Behandlung treten ein. Sie werden immer erbarmungsloser zurückgetrieben, wenn nicht alle die strengen und oft böartigen Requisiten für die Einreise erfüllt sind. Was uns vollends von den Aufgaben der Grenzwächter berichtet wird, bedeutet einfach kommendes Gericht.

So geht es auf der ganzen Linie. Ueberall ein Vordringen diktatorischer Reaktion Hand in Hand mit faschistischem und nazistischem Einfluß. Die Berner haben jahrelang einen Direktor ihres Radio — *Erwin Treichler* — geduldet, der unmittelbar nach seiner endlichen Absetzung am Radio Berlin auftaucht. Die Aargauer haben zum Staatsarchivar jenen *Hektor Ammann*, der in Freiburg im Breisgau Gast-Vorlesungen hält und von dem jeder Leser der einstigen Oehlerischen „Monatshefte“ weiß, daß sein Herz in Deutschland und die Schweiz nur dazu gut ist, diesem zu dienen. Wäre er ein schweizerisch denkender Antimilitarist, dann wäre wohl sein Los besiegelt, so aber darf er dieses wichtige Amt weiter versehen. Regierungsrat Keel in St. Gallen wird aus *diesen* Kreisen, die sich dort „*Vaterländischer Verband*“ nennen und zu denen vor allem Hausamann und Egli, die Militärpatrioten und Verleumder der Frauenliga, gehören, auf die Wiederwahl hin mit Lüge und Verleumdung angegriffen, weil er gegen die Emigranten *menschlich* gewesen ist.²⁾ Gegen die *Spanienfahrer* aber wird mit sehr harten Urteilen vorgegangen. Die geflüchteten spanischen *Kinder* werden auf Wunsch Francos aus der Schweiz verwiesen.

Sehr groß ist immer jene schon in anderem Zusammenhang erwähnte Gefahr, daß wir mit dem *wirtschaftlichen* Strick an die „Achse“ gebunden werden. Man

¹⁾ Die Ausweisung von drei Schweizer Journalisten, dazu gerade besonders faschistenfreundlichen, aus Rom, fügt sich, trotz ihrer Zurücknahme, vielleicht auch gerade damit, diesem System ein, welches natürlich auch das des Faschismus ist.

²⁾ Die St. Galler „*Volksstimme*“ hat kürzlich ein Dokument veröffentlicht, welches diesen „*Verband*“ als Bürgerkriegsorganisation enthüllt. Die Stellung Hausamanns zum Nazireich ist aus seinem „*Fall*“ bekannt.

lockt besonders mit den Möglichkeiten in Südosteuropa. Der Aufenthalt Doktor *Schachts* in der Schweiz erregt in dieser Beziehung Beforgnis. Das an den Rand des Bankrotts gedrängte Dritte Reich dürftet nach dem schweizerischen Kapital. Es wird sogar davon geredet, daß dieses für den Ankauf *mexikanischer Petrols* durch Deutschland mobil gemacht werden solle, wobei wir dann die Genugtuung hätten, daß die Bomber, die unsere Städte zerstörten — die Kreditanstalt inbegriffen! — wenigstens von dem Benzin getrieben würden, das wir ihnen verschafft. Wie es sich damit aber auch verhalte — jedenfalls droht an dieser Stelle eine Hauptgefahr.¹⁾

Im Angesicht dieser Lage treiben wir allerlei Allotria und Kindereien. Oder Täufchungen. Bundespräsident *Etter* erläßt am Radio unmittelbar nach der De-jure-Anerkennung Francos, die neben allem andern auch eine schmähliche *Unritterlichkeit* ist, einen Radioaufruf an die Schweizerjugend, einen Aufruf, in welchem der Satz steht: „Ein rechter Schweizer setzt immer seine Ehre dafür ein, die Kleineren und Schwächeren zu schützen und zu verteidigen.“ Eine Reihe von meistens reaktionären Journalisten (darunter Direktor Haas von der Mittelpresse, Jean Martin vom „Journal de Genève“ und Rigassi von der „Gazette de Lausanne“) erlassen einen Aufruf zur *Verständigung*, unmittelbar nach der letzten Bundesratswahl. Ein klarer Bauernfang. So erfüllt die Unwahrheit das Land mit einem giftigen Nebel. Auch in diesem Zusammenhang möchte ich stellen, daß man in einer Zeit, wo die Schweiz so furchtbar bedroht ist und wo die Welt in solchen Nöten liegt, das *Fasnachtstreiben* keine Abnahme erfahren und der Zürcher Kantonsrat auf den Druck der Wirte hin den besonders verhängnisvollen *Morgenschnaps* erlaubt hat. Gewisse *Abtreibungsprozesse* gehören ebenfalls in dieses Kapitel.

Zur Unwahrheit wird — caeterum censeo — unter diesen Umständen der Lärm der geistigen und militärischen *Landesverteidigung*. Er wird dadurch stark zur *Ablenkung* und *Selbstbetäubung*. Die *Militarisierung* hat aber einen neuen Schritt getan. Es soll nun ein *Arbeitsdienst* geschaffen werden, der in Wirklichkeit ein *Militärdienst* ist und der endgültig auch die Frauen sowie die als militäruntauglich erklärten Männer einbeziehen soll. Vollmilitarisierung!

Und inzwischen kommt uns die zu verteidigende Schweiz abhanden. Dieser Sachverhalt wird durch die Berner Korrespondenz illustriert, die das „*Giornale d'Italia*“ jüngsthin veröffentlicht hat. Sie ist gehässig, sicher, aber gerade darum beachtenswert.

„Im schweizerischen Bundesrat ist sicherlich Herr *Motta* von den besten Gefühlen der Achtung und von richtigen politischen Bewertungen gegenüber Italien befeelt. Er ist vielleicht der einzige, der, wenn auch nicht vollständig, immerhin aber mit stets wachsender Klarheit die gegenwärtige Macht Italiens und was sie für das schweizerische Schicksal bedeuten könnte, begreift.

Als unser Freund kann auch, aus einigen ideologischen Gründen und anderen Ueberzeugungen heraus, Bundesrat *Etter* gelten, ein katholisch-konservativer Mystiker des Schweizertums.

Was die anderen Mitglieder des schweizerischen Bundesrates anbetrifft, ist der Svizzerone *Obrecht* uns gegenüber nicht immer aufrichtig, hatte aber verschiedene Male Ausdrücke glaubwürdiger Sympathie für das faschistische Italien. Der lustige *Minger*, der Bauer und Milch- und Honigdemokrat, Vorsteher des Militärdepartementes, hat keine eigene Meinung. In bezug auf Außenpolitik hält er sich getreu an *Motta*.“

Aehnliches wird auch von *Pilet-Golaz* gesagt. Nur mit *Baumann* wird ein wenig eine Ausnahme gemacht (Es heißt: „ein Provinzler mit kleinem Gehirn und viel Anmaßung — piccolo cervello di molta presunzione“), dann aber hinzugefügt: „In der letzten Zeit hat er aber mehrfach eine Annäherung an uns kundgetan.“

¹⁾ Diese schweizerische Kreditanstalt besitze auch 2558 Aktien der Dschibuti—Addis-Abbeba-Bahn.

Es ist kein Wunder, daß diesmal sogar der Bundesrat sich aufregt und die Korrespondenz „unanständig“ gefunden hat.

Befonders wichtig ist, was über das höhere *Militär* gesagt wird: „In der Politik stehen sie auf der Rechten und schauen mit schlecht verhehlter Sympathie auf den Faschismus.“

Und nun komme ich, sehr spät, zur zweiten unsere Lage beherrschenden Tatsache: *Die Enthüllungen des „Journal des Débats“*, von denen schon anderwärts die Rede gewesen ist. Es schiene mir verhängnisvoll, wenn wir sie, wie der Bundesrat versucht, ignorieren oder bagatellisieren wollten. Sie enthalten wohl sicher einen Kern von Wahrheit. Der Schreibende besitzt, wie gesagt, Dokumente, die unabhängig vom „Journal des Débats“ die gleichen Enthüllungen bringen.

Dreierlei möchte ich daran als für die Schweiz bedeutungsvoll hervorheben.

Einmal: Hat der Bundesrat etwas von diesen Dingen *gewußt* oder nicht? Wenn *nicht*, so ist seine Unfähigkeit, in solchen Zeiten unser Land zu regieren, neuerdings aufs krasseste bewiesen, wenn aber ja, dann nicht minder. Denn es wäre im höchsten Maße unverantwortlich gewesen, dem Lande einen solchen Tatbestand zu verschweigen.

Sodann: Diese Enthüllungen beweisen, welch ein furchtbarer Irrtum (um das gelindeste Wort zu wählen) unsere *Neutralitätspolitik* gewesen ist. Denn nun zeigt sich ja, wie sehr wir auf die *ändern* angewiesen sind. Diese mögen bereit sein, uns dennoch zu Hilfe zu kommen, aber einen *Anspruch* darauf haben wir nicht mehr. Und das könnte sich bitter rächen.¹⁾

Endlich: Wenn diese Enthüllungen richtig sind, dann zeigt sich, daß für unsere Rettung vor allem unsere *geistige, sittliche, politische* Haltung in Betracht kommt.

Damit lenke ich aber auf Motta und unseren Ausgangspunkt zurück. *Es ist*, möchte ich mit äußerstem Nachdruck erklären, *für unser Schicksal entscheidend, wie unser Volk sich zu der neuesten Phase und Aktion der Mottapolitik stellt*. Wenn es sich dagegen nicht mit Wucht erhebt und diesen Mann entmachtet, dann ist die Schweiz verloren zu geben.

Wie steht es aber damit?

Ohne Zweifel ist die *Empörung* groß. Sie äußert sich in Versammlungen und Artikeln. Eine besondere Bedeutung haben die Erklärungen der drei tapferen Aerzte: Köchlin, Lang und Mattmüller²⁾ und die des Escherbundes mit der Gruppe Esprit. Vor allem auf das von der *Weltaktion für den Frieden* herausgegebene, ausgezeichnete Flugblatt hinzuweisen.³⁾ Sicher ist die Mehrheit des Volkes auch diesmal gegen Motta, allen Verschleierungen und Lügenkampagnen zum Trotz.

Aber — die *bürgerlichen* Zeitungen bringen nur ganz ausnahmsweise („Neue Bündner Zeitung“, „Landwächter“, „National-Zeitung“, „Landbote“ — und welche noch?) eine ernsthafte Kritik. Die übrigen schweigen oder billigen, dies besonders die katholischen.

Und Motta bleibt.

Die *Sozialdemokratie* freilich erklärt, sie wolle ihn vermittelst der *Bundesratswahl durch das Volk* beseitigen. Die Initiative dafür ist nun im Gange. Und sie hat recht. Aber bis sie vor das Volk gebracht und angenommen sowie die Neuwahl vollzogen wäre, kann die Schweiz am Bundesrat längst zugrunde gegangen sein. Das heißt, die Dinge auf die lange Bank schieben, es ist aber Gefahr im Verzug. Die Entscheidungen können sehr rasch fallen. Ich fürchte,

¹⁾ Wie töricht erscheint solchen Tatsachen gegenüber vollends die Behauptung, die Konrad Falke (der seine Hände besser von der Politik ließe) neulich in einer Versammlung getan hat: daß unsere totale Neutralität uns ungleich besser schütze, als der Völkerbund getan hätte. Es wäre interessant, zu erfahren, *wie* die uns schützen solle.

²⁾ Sie bitten alle die, welche sich ihr anschließen, an Motta zu schreiben. Ich möchte auch dazu auffordern.

³⁾ Es ist um den Preis von 10 Rappen das Stück in der „*Pazifistischen Bücherstube*“, Gartenhofstraße 7, Zürich 4, zu haben.

gewissen Drahtziehern der Sozialdemokratie liege mehr daran, die allgemeine Mißstimmung für die Nationalratswahlen auszunutzen, als die Schweiz vor Motta und seinem Bundesrate zu retten. Zu erwarten, daß jene Wahlen uns eine Art Revolution bringen werden, ist aber eine arge Illusion. Die werden uns im besten Falle ein halbes Dutzend „neue Männer“ bringen und über ihre Qualität ist damit noch nichts ausgemacht. Und inzwischen verlegt der Parteipräsident alle Kraft auf die Forderung des „Friedensgenerals“.

Die Sozialdemokratie erntet im übrigen, was sie gesät hat. Sie hätte Motta schon lange das Handwerk legen können, wenn sie wirklich gewollt hätte. Aber man wollte, um des eigenen Bundesratsessels willen nicht, und erhält auch dafür von der „Neuen Zürcher Zeitung“ das Lob der „Veranständigung“. (Freilich fordert sie noch mehr davon.) Bei Anlaß der De-jure-Anerkennung Abessinians, wo man Motta einen schweren Schlag hätte veretzen können, hat sie es vor allem verschuldet, wenn dies nicht geschehen ist. (Der Nachweis fällt mir leicht!) Und Grimm hat Mottas „totale Neutralität“ gerechtfertigt. Ihre ganze Politik der Kapitulation, die sie „Verständigung“ nannte, hat dahin geführt, daß Motta und andere sie nun als *quantité négligeable* behandeln dürfen.

Ich wiederhole: Wenn die Schweiz nicht mehr die sittliche Kraft aufbringt, mit Motta und seinem Bundesrat zu brechen, dann ist ihr Schicksal besiegelt. Dann hat sie das *Gericht* verdient.

Aber gerade die Enthüllungen des „Journal des Débats“ bringen mich noch auf einen Gedanken zurück, den ich schon einmal geäußert habe und den ich nun mit stärkstem Nachdruck betone: Wir kommen in solchen Zeiten mit der langen Bank des parlamentarischen Betriebes nicht aus. Freilich hilft uns auch nicht eine Diktatur. Aber es wäre mehr *unmittelbare Demokratie* nötig. Ich denke in diesen Zeiten, als alter Graubündner, oft an die Art, wie die Demokratie „alt fry Rätien“ in solchen Lagen handelte. Wenn es dort solche unerträgliche Zustände gab, wenn gewisse große Herren das Land gefährdeten, dann „lupfte man die Fähnlein“, wie man sagte (die Fähnlein der Gerichte, aus denen die bündnerische Genossenschaft bestand), zog nach Chur, Thufis, Davos oder anderswohin, konstituierte sich als Volksgericht und machte jenen Herren und ihren Anhängern den Prozeß — keinen leichten! Ich weiß natürlich, daß wir das heute nicht einfach nachmachen können, aber irgendwie muß doch dieses Prinzip der unmittelbaren Demokratie wieder zur Geltung kommen. Das war bekanntlich auch Gottfried Kellers Meinung. Ich möchte selbstverständlich nicht wie er raten, daß der Schweizer seinen Stutzer hinter dem Bette hervorhole und auf die Straße trete, um auch gegenüber den Regierenden zum Rechten zu sehen. Aber aufhören müßten auf alle Fälle unsere Apathie und unser Servilismus gegenüber den Magistraten, die nicht mehr *unsere* Vertrauensmänner sind und die Schweiz auf den Tod gefährden. Es muß wieder irgendwie ein *Rütli* geben, das einen Motta und einem von ihm regierten Bundesrat, allfällig auch einer entsprechenden Bundesversammlung, die Macht zu schaden nimmt. Und zwar bald!¹⁾

Berichtigung. Im Februarheft muß es S. 31, Zeile 2 von unten heißen: „*seinem* (statt ‚diesem‘) Gott“.

Redaktionelle Bemerkungen.

Die Rubrik „*Zur Weltlage*“ ist im wesentlichen geschrieben worden, *bevor* die neueste Tat des Hitlertums und die *Endkatastrophe der Tschechoslowakei* eintrat. Die ganze Darstellung hätte sonst da und dort einen etwas anderen Charakter bekommen. Das war nicht mehr zu ändern. Nur ein *Nachwort* war noch möglich. Eine Monatschrift, welche in solchen Zeiten auch die *politischen* Dinge verfolgt, hat es schwer.

¹⁾ Das alles gilt nach den neuesten Ereignissen erst recht. In England hat man schon so etwas geschaffen. *Landesrat her!*